

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Reflamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: R. Mosse, Haefenstein & Vogler, G. L. Daube,  
Invalidenbank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gersmann.  
Eberfeld W. Hienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S.  
Joh. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothbaar, A. Steiner,  
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.  
Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

konnten gar nicht über die unerläßliche Sachkenntniß des industriellen Betriebes verfügen. Die Bestimmungen über den Meisterstitel ließen vollends erkennen, welches Endziel angestrebt werde: die Einführung des Befähigungsnachweises und die Verstellung privilegierter Zünfte zum Ausschluß der Konkurrenz. Auf die Dauer müßte durch ein solches Zwangssystem, welches in anderen Ländern nicht bestehe, Deutschlands wirtschaftliche und schließlich auch politische Machtstellung bedroht werden. Der nachdrücklichste Widerstand gegen die Vorlage sei deshalb politische und nationale Pflicht. In der folgenden Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß Niemand gegen freie Zünfte sei, die gleich allen anderen freien Vereinigungen berechtigt seien und für die Ausbildung der Lehrlinge durch Errichtung von Fachschulen u. s. w. sehr segensreich wirken könnten.

Aus dem Reiche.

Die Kaiserin Friedrich gedenkt nach den neuesten Bestimmungen, wie die „Vollk.“ mittheilt, am 29. d. M. nach der Insel Wight zu reisen und zum 22. März nach Berlin zurückzukehren. — Die Kaiserin Friedrich hat das **Protectorat über den Deutschen Thierkultivationsverein** übernommen. Beim Empfang der Vortandsmitglieder des Vereins lenkte sie die Aufmerksamkeit des Vereins besonders auf die geplagten Jagdtiere und gab verschiedene Mittel und Wege an, hier Abhilfe zu schaffen. — Aus Merseburg meldet die „Vollgehe Zeitung“ offiziell, das Gerücht, der **Regierungspräsident Graf Stolberg** sei zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein auserkoren, ist falsch. — Am 1. April feiert der **Geh. Regierungsrath Kleinschmidt** das fünfundschwanzigjährige Jubiläum als Vizepräsident des Abgeordneten-Hauses. Der bei Parlamentariern wie den Vertretern der Presse außerordentlich beliebte Beamte wurde im Jahre 1872 aus dem Finanzministerium auf seinen gegenwärtigen Posten berufen. — Der bisherige Vorsitzende des Wahlvereins der Berliner Deutsch-Konservativen, **Oestz. z. D. v. Krause**, hat der „Staatsbürger-Zeitung“ zufolge sein Amt niederbegelegt. — Nach der im Reichsversicherungsamt gefertigten Zusammenstellung, die auf den Mittheilungen der Vorstände der **Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten** und der zugelassenen Kassenrechnungen beruht, betrug die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes bis einschließlich 31. Dezember 1896 von den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kassenrechnungen bewilligten Zuzahlidentrenten 221 115; davon sind in Folge Todes oder Auswanderung der Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezuges von Unfallrenten oder aus anderen Gründen in Wegfall gekommen 59 445, so daß am 31. Dezember 1896 laufend waren 161 670 gegen 151 975 am 30. September 1896. Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten Altersrenten betrug 295 705; davon sind in Folge Todes oder Auswanderung der Berechtigten oder aus anderen Gründen in Wegfall gekommen 41 750, so daß am 31. Dezember 1896 laufend waren 253 955 gegen 202 929 am 30. September 1896. Beitragsersättigungen sind bis zum 31. Dezember 1896 a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind 71 663 gegen 50 492, b) an die Hinterbliebenen von Versicherten 18 952 gegen 14 789, zusammen 90 615

gegen 65,212 bis zum 30. September 1896. — **Allen Waisen des deutschen Reiches** soll der größte Theil des hinterlassenen Vermögens des Grafen v. Dörnberg zu Gute kommen. Die Höhe dieses Vermögens ist noch nicht ziffernmäßig festgestellt, wird aber auf etwa 15 Millionen berechnet. Zwei Millionen Mark sind für die Errichtung eines Krankenhauses in Regensburg bestimmt, und zwar für Kranke protestantischer Konfession. Die Errichtung dieser Anstalt ist jedoch an eine bestimmte Reihe von Jahren gebunden, während diese bei der Waisenfürsorge nicht der Fall ist. Außer diesen Bestimmungen ist noch eine Anzahl Verfügungen bezüglich der Legate für andere Wohltätigkeitsanstalten getroffen. Von den Verwandten erhalten nur wenige kleine Legate. 5000 Mark sind für Unterhaltung des Palais und des Parkes des Verstorbenen ausgesetzt. — In Baiern bestehen gemeinbildliche **Arbeitsvereinsämter** bisher nur in Bamberg, Erlangen, Fürth, Regensburg, München und Nürnberg; in Würzburg ist ein solches Amt im Entstehen begriffen; gemeinbildliche Arbeitsnachweiskassen finden sich daneben in einigen anderen Städten, unter ihnen aber befinden sich gemeinbildliche Städte wie Aschaffenburg, Augsburg, Bayreuth, Hof, Ludwigsb., Regensburg, Passau und andere nicht. Der Andra

zu den Arbeitsstellen ist nun sehr verschieden; während z. B. in München ein großer Ueberfluß von Arbeitskräften ist, herrscht in Nürnberg und Fürth häufig Mangel an solchen. Deshalb sucht jetzt die Regierung die Arbeitsvermittlung in der Art zu organisieren, daß sie größere Bezirke für Arbeitsvermittlung abgrenzt mit einer größeren industriereichen Stadt als Hauptvermittlungsstelle. Vorläufig sollen in dieser Art wirken: a) München für Ober- und Niederbairern und Schwaben, b) Nürnberg für Mittelfranken und Oberpfalz, c) Regensburg für die Rheinpfalz, d) Würzburg für Unterfranken, e) Bamberg für Oberfranken. Die Gemeindebehörden der fünf Städte haben sich innerhalb fünf Wochen zu entscheiden, ob sie die ihren städtischen Arbeitsämtern zugebachte Arbeit übernehmen wollen. — Wie aus Karlsruhe gemeldet wird, traf gestern der **Leutenant Bräufewig** in Begleitung zweier Herren, von denen einer ein Hauptmann war, per Droschke von Karlsruhe auf dem Bahnhofs-Durchsich ein. Sämtliche Herren fuhren in einem stonpeu erster Klasse des Schnellzugs um 10 Uhr 10 Minuten ab. Für Reisefisz ist unbekannt. Bräufewig's Gepäck ist vorläufig bis Freiburg abgegeben. — In **Braunschweig** unterlagen bei der gestrigen Stabstabsordnenentischung in der dritten Klasse die **Sozialdemokraten** wiederum so daß sie endgültig nur noch einen Sitz im Kollegium haben. — In **Samburg** ist **Wilhelm Westendarr**, ein Ref. von Karl Schurz, der Inhaber der größten Eisenhandlung der Welt, Heinrich W. Meyer, gestorben. Es sende große Karanonen nach Ostfriesland und nahm lebhaft an allen kolonialisbefrebungen Theil. — **Pariser Wozlo**, der wegen seines Verbaltenens bei der Fodnneiwie des Sokoloveins in Moskowitew eine Stelle als Religionslehrer am dortigen Gymnasium hatte niederlegen müssen, hat der „Schle. Zig.“ zufolge eine einträgliche Pfrunde erhalten.

Deutschland.

**Berlin** 26. Januar. Gegen die Angriffe, welche Dr. Lieber jüngst im Reichstage gegen den preussischen Finanzminister aus Anlaß des Ueberganges zum Proz. Zupps des Konfols g. richtet hat, wenden sich die „Berl. Vol. Nachr.“ in einem längeren Artikel, worin einleitend bemerkt wird, diese Angriffe hätten „in denjenigen Kreisen, welche die Gründe der Maßregel kennen und zu beurtheilen im Stande sind, ein Lächeln der Verwunderung hervorgerufen“. In derselben Weise, wie wir es bereits gethan haben, führt der offizielle Artikel die Einwürfe Dr. Liebers auf ihr Nichts zurück. Wir brauchen darauf nicht von Neuem einzugehen. Erinnert wird, daß alle Sachverständigen bei der Uebung der neuen Anleihen in Preußen und im Rheide im Jahre 1891 sich einstimmig für den Uebergang zu dem Proz. Zupps ausgesprochen haben, welchen damals bereits Frankreich, England und mehrere kleinere deutsche Staaten vollzogen hatten. Der Artikel schließt:

Es knüpfte darauf an, das Publikum zunächst in den neuen Apparat zu gewöhnen und so vollständig die Nachfrage zu erzeugen, in Folge deren heute der Barfours nahezu erreicht und dem Reichs wie Preußen nicht nur die Begebung seiner Anleihen zu dem Zinsfuß von wenig über 3 Prozent, sondern auch die Zinsherabsetzung des 4 Proz. Konjols erst ermöglicht worden ist. Direkte wie indirekt bedeutete der Uebergang zu den 3 Proz. Konjols eine erhebliche Verminderung der Zinslast sowohl für das Reich wie für Preußen, und diesem reichen Vorteile steht auch nicht der mindeste wirkliche Nachtheil gegenüber, sobald der Uebergang zum 3 Proz. Apparat sich als eine durchaus heilsame Finanzmaßregel erwiesen hat. Man wird erwarten dürfen, daß Herr Dr. Vöber bei der Verathung des Stats der Staatschuldenverwaltung im Abgeordnetenhaus seinen Angriff auf den Finanzminister wiederholen und diesem so die Gelegenheit geben wird, sich diesbezüglich mit ihm auseinanderzusetzen. Uebrigens trifft die Behauptung der Blätter, der Finanzminister habe Sr. Majestät dem Kaiser seinerzeit in einer Denkschrift die Gründe für die Wahl des 3 Prozentigen Apparat dargelegt, nicht zu; soweit wir uns richtig sind, ist dies seitens des damaligen Staatssekretärs des Reichsschatzamtes geschehen."

— Wie der Finanzminister Dr. Miquel in der letzten Zeit gelegentlich der Verathungen im Landtage wiederholt geltend gemacht hat, liegt nicht in der verschiedenen Gehaltshöhe die Werthschätzung der einzelnen Beamtenkategorien, sondern in der äußeren Anstellung, welche der Staat den einzelnen Klassen giebt. Da stehen aber die Lokalb Beamten der allgemeinen Verwaltung sehr zurück. Dem Amts- und Landrichter, Staatsanwälte, Oberschreiber, Schulleute, Eisenbahner und Beamte der Landesmelioration werden charakterisirte Klasse 4. Klasse; nur der

allgemeinen Bauberwaltung ward diese Rangstufe bislang verwehrt. Man glaubte, daß durch die Berufung der neuen Ober-Baudirektoren die Sache in Fluß kommen würde. Nach neueren Mittheilungen scheint man in dieser Hinsicht den Wünschen der Beamten der Bauberwaltung auch thatsächlich gerecht werden zu wollen.

— Die Ortsgruppe Berlin des „Alldeutschen Verbandes“ hat folgenden Bescheid dem Reichstanzler Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst unterbreitet: Sie hält die Annahme der Flottenvorlage und der Dampfersubventionsvorlage für unbedingt notwendig, gibt aber außerdem der festen Uebergzeugung Ausdruck, daß demnächst von der Regierung ein der Weltstellung Deutschlands entsprechender Flottenplan vorgelegt werde.

— Die Commission des Abgeordnetenhaus zur Verathung des Antrages von Schendendorff, betr. Förderung des Fortbildungsschulwesens, trat gestern in Anwesenheit des Handelsministers, des Kreis- und von Kommisaren des Finanz-, des Unterrichts- und des Landwirtschaftsministers zur ihrer ersten Sitzung zusammen. Der Vor- sitzende Abg. v. Schendendorff theilte mit, daß das vom Handelsminister in der Plenarsitzung vom 10. December in Aussicht gestellte Material eingegangen, aber so umfangreich sei, daß eine Durchsiedung nicht angängig gewesen. Die Ver- athung ergab die Annahme des Punktes 1 der Resolution von Schendendorff, wonach dem ge- werblichen kaufmännischen und ländlichen Fort- bildungsschulwesen unter Wahrung seines Charak- ters als Gemeinbe zc. Veranstaltung weiter- gehende Förderung, auch insbesondere durch Zu- wendung vermehrter Staatsmittel, zu Theil werden soll. Ferner soll der Staat vom 1. April 1898 ab unter Berücksichtigung des Bedürfnisses der Gemeinden bei Schulen mit freiwilligem Besuch bis  $\frac{1}{2}$ , mit obligatorischem bis  $\frac{1}{2}$  der nicht durch das Schulgeld gedeckten Kosten übernehmen.

— Eine Denkschrift über die Gehälter der höheren Postbeamten und das Dienstaltersstufensystem faßt die Wirkung des jetzt dem Reichstage vorliegenden Entwurfs über die Gehaltsaufbesserungen wie folgt auf: —

Wenn die Regierungsvorlage über die Verbesserungsaufbesserungen in ihrer jetzigen Gestalt Geseßkraft erlangt, erleiden sämtliche Postbeamten der höheren Laufbahn in den von allen durchzumachenden Stadien als Oberpostdirektionssekretäre und Postassessoren im durchschnittlichen Lebensalter von 31—37 Jahren in 6 Jahren eine Einbuße von 3000 Mark und in den darauf folgenden sechs Jahren als Postinspektoren eine weitere Einbuße von 450 Mark. Da die Anfangsstufen der nächstfolgenden Kategorien, der Posträthe und Postdirektoren, auch nicht erhöht sind, so kann im günstigsten Falle erst vom 45. Lebensjahre ab der bis dahin erlittene Verlust von über 3000 Mark durch die vorge schlagenen höheren Sätze allmählig wieder ausgeglichen werden. Wenn also ein solcher Beamter lange genug lebt und dienstfähig bleibt, so wird er möglicherweise am Ende seiner Laufbahn die 3000 Mark nach und nach wieder erhalten, die ihm in blühendsten Mannesalter, wo er sie dringend gebraucht hat, durch das Altersstufensystem entzogen worden sind. Ob aber viele Beamte am Ende ihrer Laufbahn an Gesamtbezügeln mehr oder auch nur eben so viel erhalten haben werden, als sie unter der Herrschaft der Durchschnittsgelder erhalten hätten? Genügt nicht! So ist bei dem jetzigen Altersstufensystem die ganze „Gehaltsaufbesserung“ für die Postbeamten — eine Illusion!

Die Denkschrift enthält sehr scharfe Ausfälle gegen das Reichsschatzamt und die Finanzminister, und namentlich den Geheimen Ober-Regierungsrath im Reichsschatzamt, Herrn Neumann, und jagt, daß „unter den betheiligten Beamten eine tiefe Erbitterung, ja allgemeine Empörung Platz gegriffen“ habe und eine „bedenkliche Währung“ sich nur mühsam unter der starren Decke der Disziplin verberge.

**Franfreich.**

**Paris, 25. Januar.** (Deputirtenkammer.)  
Kraug begründet einen Gesetzentwurf, nach welchem eine zeitweilige Zuschlagsteuer von 4 Francs für raffinierten Zucker eingeführt werden soll, welche die Passivsteuer zu zahlen hätten. Kraug erklärt im Namen der Zollcommission, dieselbe stimme im Prinzipie Kraug zu, da sie auf jede Verzehrungssteuer verzichte. Kraug zieht hierauf seinen Gesetzentwurf zurück. Siegfried begründet einen Gesetzentwurf, nach welchem die Verzehrungssteuer auf Zucker um ein Viertel ermäßigt werden soll. Medner behauptet, die Ermäßigung werde den Verbrauch im Innern erhöhen, und eine neue Lage von 5 Francs auf bisher steuerfreien Zucker werde die Zahlung von Ausfuhrprämien ermöglichen. (Weißl.)  
Handelsminister Douchet und Kraug bekämpfen den Entwurf Siegfried, der auf Synthesen, so

ruhe. Nachdem das Haus mit 282 gegen 232 Stimmen beschlossen hatte, den Gegenentwurf Siegfried in Erwägung zu ziehen, wird er an die Kommission verwiesen.

## Italien.

Rom, 25. Januar. Wie die „Agenzia Stefani“ aus Agordat vom heutigen Tage, Mittags, meldet, ist die Lage daselbst unverändert.

England.

**London**, 25. Januar. Unterhaus. Nearly bringt einen Antrag ein, in welchem Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß die Regierung keine Vorlage bezüglich der Konkurrenz, welche den einheimischen Erzeugnissen durch ausländische gefälschte Nahrungsmittel gemacht werde, angekündigt habe. Der Parlaments-Sekretär des Social-Verwaltungs-Amtes T. B. Russell erklärt, die Frage werde von der Regierung sorgfältig erwogen. Das Ministerium erörtere zur Zeit einen, die ganze Frage behandelnden Gesetzentwurf und hoffe, denselben bald dem Hause vorlegen zu können.

Rußland.

Die Klassifizierung der Universität Dorpat macht ununterbrochene Fortschritte. Seit gestrauner Zeit führt sie ja schon den offiziellen Namen Jurfen. Die medizinische Fakultät Dorpats setzte sich im vorigen Jahrzehnt ausschließlich aus deutschen Gelehrten zusammen und bildete gerade mit Rücksicht auf deren weitere Aufsteige die Hochburg der deutschen medizinischen Wissenschaft im Auslande. In den letzten zehn Jahren sind nun in schneller Folge nach einander die Professoren Kräpelin, Unverricht, Kistner, Dragendorff, Thoma, Barfurth, Stadelmann ausgeschieden resp. aus ihren Aemtern gedrängt worden. Während sie selbst zumeist an deutschen Universitäten und Krankenanstalten die ihnen gebührende Stellung haben, sind an ihre Stelle in Dorpat durchweg russische Gelehrte gesetzt worden, die in der Wissenschaft ganz ohne Namen sind. Nimmermehr hat auch eine der letzten Zierden der Dorpater medizinischen Fakultät, der aus Bittersfeld gebürtige Professor der Arzneimittellehre Dr. Rudolf Robert seinen Abschied genommen, der in Dorpat als Forscher wie als Lehrer eine außerordentlich fruchtbare Thätigkeit entfaltet hat. Die Fakultät zählt jetzt nur noch vier deutsche Mitglieder: Die Professoren Kübber, Rühlmann, Rauber und W. Koch. Letzterer hatte schon einmal wegen Differenzen mit der Regierung das Begehrnt ausgedrückt worden, ihn aber auf sein Zugeständniß hin, seine Vorlesungen in russischer Sprache zu halten, in der Stellung verblieben. Ob diese letzten Zeugen vergangener Glanzes noch lange Zeit an der stündig immer mehr niedergehenden Hochschule der baltischen Provinzen werden anstehen können, erscheint mehr als zweifelhaft.

**Sankt Petersburg**, 25. Januar. Heute fand im kaiserlichen Palais die feierliche Eröffnung des fünftägigen Landtages statt. Der stellvertretende General-Gouverneur General-Lieutenant Gontscharow verlas die Botschaft des Kaisers an den Landtag, den Landmarschall und die Stände. Der Vorsitzende gab den tren-unterthänigen Gesühlen der Stände Ausdruck, und der Landmarschall brachte ein Hoch auf den Kaiser aus, welches mit lebhaften Hurraufen aufgenommen wurde.

## Schweden und Norwegen.

Stockholm, 25. Januar. In der zweiten Kammer brachte Baron Schwerin heute einen Antrag ein, durch welchen der schwedisch-norwegische Handelsvertrag auf ein weiteres Jahr verlängert werden soll.

## Griechenland.

Athen, 25. Januar. Der österreichisch-ungarische Gesandte Hr. v. Kossel hat die Regierung zur Theilnahme an der internationalen Sanitätskonferenz in Venedig eingeladen.

Africa.

Aus Asbuti, 25. Januar, verbreitet die offizielle „Ag. Hahas“ folgende Meldung: Seit langer Zeit schon bestanden Beziehungen zwischen den Dervischen und den Abessiniern. Gesandte des Chalken sind, von Dairman kommend, in Entolo eingetroffen und haben mit dem Negus Menelik Verhandlungen eröffnet. Von diesen Verhandlungen ist bisher nichts bekannt geworden, es darf aber angenommen werden, daß die Ankunft der Gesandten der Bewegung der Dervische in der Umgegend von Agordat und der durch den englisch-egyptischen Feldzug geschaffenen gegenwärtigen Lage im Sudan nicht fernsteht.

# Ueber die Wohnungsfrage

entwickelt die „Zeitschrift zum rothen Kreuz“ recht gesunde Ansichten, von denen nur zu wünschen ist, daß sie allen denjenigen, welche die herrschenden Mißstände im Wohnungswesen der Hausbesitzer zur Last schreiben möchten, immer und immer wieder vorgehalten würden. In einer längeren Ausführung über den „Wohnungsverein zu M.-Gladbach“ schreibt gen. Blatt: „Vor Allem muß auch auf das Volk selber in dem Sinne gewirkt werden, daß es der Wohnungsfrage mindestens ebenso viel Aufmerksamkeit zuwenden, wie etwa der Veleidigung. Dem Menschenfreunde krampt sich das Herz zusammen, wenn er an Sonntagen die vielen gepugnten Leute sieht — mit Tand beladen und „aufgebommert“, wie es das Volkswort selbst bezeichnet — und weiß, daß die meisten von diesen geradezu menschenunwürdig wohnen und in Kellerlöchern und engen Bodenträumen zusammengepfercht haufen. Es muß all' diesen zum Bewußtsein gebracht werden, daß es eine zügelthafte Gefinnung ist, mit Puß und Tand sich zu behängen, und in einer stillen Gejezer der Verwunst Dohn sprechenden Schafställe die Stunden der Ruhe zu verbringen. Da sieht man die jungen Mädchen mit feinen Handschuhen,

die bis an die Ellenbogen reichen, und mit kostbaren Federn auf den geschmacklos prahlenden Hüften, die jungen Männer mit Zylinderhüten, Rockfälseln und goldenen Uhrketten paradiert, und für die Nacht suchen sie Unterchlupf, so greulichem Zustande, als seien sie das ärmste Bettelvolk. — Den Sinn für Einfachheit in der Kleidung und wohlständiges Wohnen in diesen Kreisen zu wecken, darf man nicht müde werden, in Versammlungen und in Einzelbesprechungen muß man auf die Gefahren hinweisen, die aus der Schädlichkeit des Zusammengepfändertwohnens erwachsen. Die wirkliche Kultur ist die Lebens-einstimmung der Lebensverhältnisse mit den Grundgesetzen der Moral und Vernunft, und unter diesem Gesichtspunkte wird die Wohnungsfrage zu einer der brennendsten unserer Zeit.“  
Bravo! Hier ist Arbeit für alle die unbeschäftigten Kräfte, die jetzt in „Vaugesellschaften“, „Arbeiterwohnhaus-Vereinen“ u. s. w. als wirksame Staffage dienen, um diesen Spekulationen einen gemeinnützigen, sozialpolitischen Anstrich zu geben.

Allerlei Wissenswerthes.

**Pflegeelnder sind keine Aftermiether.**  
Der Eigenthümer L. klagt gegen seinen Vriether auf Räumung, weil dieser dem Miethsvertrage entgegen zwei Pflegeelnder bei sich aufgenommen hatte. Er stützt die Klage darauf, daß es laut Vertrag verboten sei, ohne seine Genehmigung Aftervermuthungen vorzunehmen. Der Beklagte

breitet, daß eine Aftervermietung vorliege und beantragt die Abweisung der Klage. Das Gericht hat diesem Antrage stattgegeben und führt be-  
gründend aus: Aftervermietung bedeutet die  
Aftervermietung eines Mannes oder mehrerer  
selbstständiger Räume der Wohnung, und außer-  
dem häufig die Mitvermietung der notwendigen  
Mobilien. Diese Benutzung eines Theiles der  
Wohnung bildet den Hauptgegenstand des Ver-  
trages, so daß von einem wirthlichen Mietz-  
verhältnis die Rede sein kann. Dies ist aber  
bei Annahme von Pflégelindern nicht der Fall;  
denn hierbei überwiegt bei Weitem als Gegen-  
stand des Vertrages die Pflég und Ernährung  
des Kindes, und leblich hierauf ist die ge-  
zahlte Vergütung bemessen, während das der  
Kindern eingeräumte Wohnungsrecht keinen selbst-  
ständigen Wohnraum zum Gegenstand hat.  
(Frankf. Anzeig.-Blg.) — Die **papicrene**  
**Fußbodenbefeidung** wird nach der "Bautend-  
Zeichn." wie folgt hergestellt. Man reinigt erst  
den Fußboden sorgfältig und füllt dann die  
Fugen und Spalten mit einer Masse aus, die  
durch Tränken von Zeitungen mit einem Kleister  
bereitet ist, welchen man aus 0,5 Kilogramm  
Weizenmehl, 3 Liter Wasser und 1 Löffel ge-  
pulvertem Alann herstellt und gründlich zusamen-  
mischt. Der Fußboden wird dann mit solchem  
Kleister durcans bestrichen und dann mit einer  
Lage Manila- oder anderem kräftigen Hanfpapier  
bedeckt. Will man etwas recht Dauerhaftes  
schaffen, so bestreicht man die Papierlage wieder  
mit demselben Kleister, legt eine zweite Lage

Papier darauf und läßt gründlich trocknen. Dann kommt wieder eine Lage Kleister und auf diese als oberste Schicht Tapetenpapier beliebiger Art. Um diese Tapete noch gegen Abnutzung zu schützen, giebt man ihr zwei oder mehr Anstriche mit einer Lösung ihrer etwa 250 Gramm weikem Seife in 2 Liter heißem Wasser, läßt sie trocknen und beendet die Arbeit mit einem Anstrich von hartem Lackiröl. (Malers-Ztg.) — **Wie verzeiht man Ameisen.** Als erprobtes Mittel zu diesem Zweck schlug Herr Stendie im Hamburger Grundeigentümerverein vor, eine Schweinsniere niederzulegen und durch dieselbe die Ameisen anzuloden und dann mit dem Köder zu verzeugen; zu Tausenden können so die Thiere täglich fertig werden. — **Um Thürschlösser, Schloßer und Klingelhänge zu reinigen.** Wird in „Hilands Rumbögen“ Ammoniakgeist verwendet. Man befeuchtet damit ein wollenes Tuch und reibt die betr. Metalltheile tüchtig ab; dieselben bleiben bei diesem Verfahren viel länger glänzend. Altes Messing wird wie neu, wenn man starken Ammoniak darauf gießt, dasselbe mit einer Bürste bearbeitet und schließlich mit reinem Wasser abspült. — **Fachboden-Hit.** Die Bildung von Fugen in den Zimmerböden, welche durch das allmähliche Austrocknen des Holzes entstehen und welche, ganz abgesehen von dem unangenehm Aussehen, eine gesundheits-schädliche Ablagerungshäute für Staub und Schmutz darbieten, ist eine unvermeidliche Zugabe zu neuen Wohnungen. Statt des seither gebräuchlichen

Diesen wendet man jetzt vorthellhafter das Austreten an. Der Kitt besteht aus 1 Gewichtstheil Oker, aus 1 Gewichtstheil Sägemehl und 1 Gewichtstheil Köhler Leim. Der Leim wird 24 Stunden vor dem Anfertigen des Kitts in eine große Schüssel gelegt, mit Wasser bedeckt, wodurch er zu einer Gallerte quillt; jedoch rührt man den Oker zu einem Brei an, fügt die eingallerte samt dem noch überstehenden Wasser emselben bei und stellt das Gefäß am Herd vor das Feuer, wobei man fleißig umrührt, bis die Gallerte vollständig gelöst hat. Ist dies geschehen, so entfernt man das Gefäß vom Feuer und rührt das Sägemehl partienweise ein, wobei man erforderlichenfalls soviel Wasser zusetzt, bis der Kitt die nöthige Konsistenz erreicht hat. Dieser Kitt darf erst nach vollständigen Erkalten angewendet werden. Sehr große Fugen wird man vorthellhaft vorerst mit Berg- oder altem Zeitungspapier ausstopfen und dann erst den Kitt hineinbrücken. Geringe ist es vorthellhaft, kleine Fugen zuerst mit einer Messerspitze zu durchstoßen, dann den Kitt mit den Fingern der rechten Hand hineinzuschieben, ihn mit der Spitze zu verstreichen und schließlich mit einem Leinwandlappen gleichzuwischen; dieser Kitt wird nach einigen Tagen feinhart und bricht nicht, indem er von den Sägespänen immer zusammengehoben wird.



